

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

125 (31.5.1922)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 28 M; in der Geschäftsstelle und bei un'ern Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M monatlich. — Einzelheft 1 M.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleite 3.40 M, auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Die deutsche Antwortnote

Paris, 30. Mai. Die Kriegslasten-Kommission hat gestern nachmittags der Reparations-Kommission die deutsche Antwortnote überreicht.

### Der Wortlaut

Die Antwortnote der Reichsregierung an die Reparations-Kommission hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Antleihe erhält.

Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag.

2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgeführt wird, und zwar entweder

a) mit Hilfe von Eingängen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder

b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuerrechts einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Bedingungen:

a) Solange noch keine Eingänge aus auswärtigen Antleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung der Verpflichtungen auf Grund des Vertrags von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Befristung des und insoweit eine Ueberschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes des vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtsatz der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugezählt.

b) Alle Eingänge aus auswärtigen Antleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugezählten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrags von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solchen anderen Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Berlin, 28. Mai 1922. Dr. Wirth.

In den Anlagen zur Reparationsnote werden Mitteilungen über die Einnahmen und Ausgaben für 1922 gemacht. In der Schlussbemerkung heißt es: Die Reichsregierung hat geprüft, insoweit noch während des Rechnungsjahres 1922 Ersparnisse erzielt werden können. Dies wird bei der allgemeinen Reichsverwaltung insoweit der Fall sein, als sich durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge erniedrigen werden, wenn nicht etwa eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Vermehrung der Erwerbslosen führen sollte. Bei der Bahnverwaltung ist in Aussicht genommen, daß durch äußerste Einschränkung der Bauten und Beschaffungen 3 Milliarden erspart werden.

Am Anschluß an die Note werden der Reparationskommission noch Mitteilungen über den Zwangsantleihegesetzentwurf angehen.

Wie die Pariser Morgenblätter mitteilen, hat die Reparationskommission noch vorgestern in vorgeschobener Stunde die deutsche Note mit den Vorschlägen verglichen, die mit Dr. Gernies in den offiziellen Besprechungen festgelegt worden waren. — „Welt Pariser“ schreibt, schon jetzt könne man sagen, daß die Note in ihren großen Zügen befriedigend sei. Sie erkenne der Reparationskommission ein so vollkommen wie mögliches Informationsrecht über die finanzielle Lage des Reiches zu. Dieses Recht gestalte jedoch nicht die Möglichkeit einer Einmischung in die Reichsverwaltung selbst. Diese bewahre ihre vollkommene Souveränität. Die Antwort scheine auch den Vorschlägen der Reparationskommission in Bezug auf die Einschränkung der Inflation zu entsprechen. Endlich enthält die deutsche Note wesentlichen Punkten das Versprechen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, monach die Kapitalflucht nach dem Auslande kontrolliert wird.

## Eine Trauer-Sigung im Reichstage — Fortsetzung der Aussprache über Genua

### Dr. Wirths Rede über das Genueser Konzilium

C. St. Berlin, 29. Mai.

Endlich sprach heute der Reichskanzler wieder einmal in freier Rede. Sie hatte deshalb auch Schwung, Leben und Farbe, trotzdem Herr Dr. Wirth die wenig beneidenswerte Aufgabe mit zu erfüllen hatte, an den — ach! — so kümmerlichen positiven Ergebnissen des Genueser Staatenkonziliums Zukunftshoffnungen empor ranken zu lassen. Herr Dr. Wirth, der ein glänzender Redner ist, eine am Schreibtisch aufs sorgfältigste präparierte Rede wirklich ablesen zu hören, ist beinahe eine Qual, denn diese Art des Vortrags paßt in keiner Weise zu dem Wesen und zu dem Temperament des Kanzlers. So aber bekam man heute eine in elegante Form geoffene Rede zu hören, die auch vom politisch-taktischen Gesichtspunkte aus als glänzlich bezeichnet werden darf. Vornehm und zugleich herzlich war der Dank gehalten, den der Kanzler mit Fug und Recht den italienischen Völkern und seinen Staatsmännern erteilte, für die würdige Haltung und für die enorme Mühebewaltung während der Dauer des Konziliums. Und selbst die risikofreien Manöver der Abreise, „Gott strafe England“, wagten keinen Widerspruch, als der Kanzler in Anerkennung von der englischen Fähigkeit und Energie sprach, die mit dazu beigetragen hat, Genua nicht mit einem Knalleffekt enden zu lassen. Freilich, von England ging ja auch die Initiative zu der Konferenz aus — ein englisches Interesse drängte zu diesem Schritt, die ohne gleichzeitige Wahrnehmung der allgemeinen europäischen Interessen in Zukunft nicht mehr geübt werden können.

Der Kanzler tat recht daran, das heute auch zum Ausdruck zu bringen und nicht minder begreifen wir es, daß der Kanzler, wenn auch in höchster Form, auf die Wegmarkende hinwies, die Herr Lloyd George dringend veranlassen, den europäischen Friedensfreund und Friedensstifter zu spielen.

Der Gedanke, der die Genueser Konferenz geschaffen hatte, war groß, kühn, erhaben, aber — vielleicht zu groß, um jetzt schon verwirklicht zu werden. Was Genua sein sollte, ist, wir stimmen dem Kanzler zu, leicht zu wünschen und zu sagen; schwerer dagegen, was Genua geworden ist. Schon Amerikas Weigerung der Teilnahme, mußte das positive Ergebnis in Genua aufs tiefste beeinträchtigen; den Rest besorgte die französische Politik. Und so kam es, daß die europäische Krise, die zugleich die Krise der ehemaligen Staatenbündnisse, die Krise aller europäischen Staaten und ihrer Wirtschaft ist, nicht zur planvollen Erörterung gelangte. Gegenwärtig die großen Probleme, die sich in die Höhe reden aus der Tatsache, daß die sozialistisch-kommunistische Weltanschauung mit jeder Minute, die sie klar am Allen festhalten will. In scharfer Betonung erhob der Kanzler gegen die Konferenz in Genua die Forderung, daß man nichts von der Erörterung dieser Hauptfragen wissen und hören wollte.

In sehr wirksamer Weise legte der Kanzler dar, daß die Reparationsfrage die europäische Frage ist. Offiziell dürfte aber, weil es die französische Sabotage des europäischen Wiederaufbaus so wollen, in Genua nicht davon gesprochen werden. Offiziell nicht, dagegen, so betonte der Kanzler, ist in Genua zwischen den Staatsmännern aller Staaten kein privates Gespräch geführt worden, ohne daß die Reparationsfrage erwähnt worden ist.

Diese geradezu jammervolle Tatsache verdanken die leidenden Völker Europas dem chaotisch-militaristischen Wahnsinn in Frankreich und dem Umstande, daß die französische Politik so einseitig festgelegt ist, daß der Regierung in Paris vor einem chaotischen Ausbruch eben so bangt, wie einst die kaiserlich-deutschen Regierungen während des Krieges Angst vor ersten Friedensworten hatten. Aber ohne eine vernünftige, speziell für Deutschland erträgliche Regelung der Reparationsfrage, kann Europa weder zur Ruhe kommen noch gehenden. Und es ist Englands und Amerikas schwere Schuld mit, daß sie den Versailleser Wahnsinn mit haben schaffen helfen, den darin enthaltenen politisch so unsäglich brutalen, national entehrenden und wirtschaftlich völlig unmöglichen Bedingungen ihre Zustimmung gegeben haben. Wohl kaum jemals in der Geschichte sind einer Nation solche furchtbare Waffen durch einen Vertrag in die Hände gegeben worden, wie Frankreich durch den Versailleser Frieden. Das chaotische Frankreich, das heute noch vom Siegesrausch getrunken ist und die künftigen Räume einer unüberwindlichen Hegemonie Frankreichs in Europa träumt, weiß die Waffen des Versailleser Vertrags zu gebrauchen.

Man wird dem Kanzler zustimmen müssen, wenn er heute ausrief, daß Deutschland in Genua Politik im

Sinne der europäischen Verständigung gemacht habe. Frankreich tat genau das Gegenteil und nur Lloyd Georges außergewöhnliche Gewandtheit konnte zur Not noch verhindern, daß das Konzilium einfach aufgelöst ist.

Angeichts dieser Tatsache von der deutschen Regierung erwarten oder gar fordern, sie hätte bessere positive Ergebnisse vom Gestade des ligurischen Meeres nach Hause bringen sollen, kann nur fruchtlose Demagogie oder, was noch schlimmer ist, unheilvolle Verblendung fertig bringen. Sicher ist das positive Ergebnis, das Herr Lloyd George nach London gebracht hat, nicht besser als das, das Herr Dr. Wirth heute dem Reichstage ohne jede Schönfärberei darlegte.

Wir stimmen dem Kanzler durchaus zu, die Bedeutung der Konferenz liegt darin, daß überhaupt endlich wieder einmal nach acht Jahren trotz des blutigen Gemetzens und der raffiniertesten politischen Strangelienungsversuche, die Vertreter der europäischen Staaten miteinander verhandelt haben. Daß nicht nur die einen diffidierten, die andern ohne Widerrede sich zu beugen hatten. Und auch das darf nicht außer Acht gelassen werden, daß Deutschland in dem Ringen zwischen den Kräften und Finessen des Westens mit denen des Ostens in Genua wertvolle Vermittlerdienste zu leisten in der Lage war. Würde endlich mit der Politik der Sanktionen gebrochen werden, der eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage vorausgehen muß, dann werden alle europäischen Völker rasch größten Nutzen ziehen können.

Was der Kanzler über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages sagte, klang ganz richtig. Und man kann es durchaus verstehen, wenn er darauf verwies, daß Deutschland in Genua ja nicht nur dem (war dort nicht sichtbar aktiv tätigen) Obersten Rat gegenüberstand, sondern auch der Union der einladenden Mächte, die ihrerseits doch auch in Verhandlungen mit England begriffen waren. Da glaubte eben die deutsche Regierung pflichtgemäß handeln zu müssen. Es ist von großem Werte, daß der Kanzler aufs bestimmteste versicherte, daß der deutsch-russische Vertrag keinerlei unbekanntes Geheim- oder Zusatzklauseln enthalte, daß kein militärischer Pakt mit dem Vertrag irgendwie besteht. Bekanntlich hat Herr Lloyd George im englischen Unterhaus daselbst betont, wovon nun endlich die Herrschaften in Paris und Warschau doch Notiz nehmen und darnach handeln sollten.

Gerade in Paris könnte man doch wissen, daß in einem demokratisch gestalteten Staatswesen wie dem jetzigen Deutschland, der Abschluß solcher geheimer Abmachungen schon deshalb unmöglich sind, weil sie nicht geheim bleiben würden. Und daß die Sozialdemokraten in der deutschen Regierung geheimen militärischen Abmachungen zustimmen würden, kann doch nur der allerhöchste böse Willen zu behaupten wagen. Ob mitten in der Konferenz der deutsch-russische Vertrag abgeschlossen werden mußte, wird auch in der Zukunft eine Streitfrage bleiben. Ist auch für Deutschland der Nutzen dieses Vertrages für die nächsten Jahre gleich Null, weil Russland derweil einfach wirtschaftlich leistungsunfähig ist, daß jedoch nach dem Kriege mit diesem Vertrage der erste wirkliche Friedensvertrag zustande gekommen ist, muß in der gewitterchwangeren europäischen Atmosphäre immerhin als ein Gewinn gebucht werden.

Nach dem Kanzler sprachen heute nur noch unser Genosse Müller-Franken und Herr Marx vom Zentrum. Wie auch der Kanzler, äußerten sie sich über die schwebenden Pariser Verhandlungen sehr zurückhaltend. Ganz verständlich, wenn man eine Politik der Verantwortlichkeit treiben will. Schwebende Verhandlungen, die so diffiziler Natur sind, wie die in Paris, können durch Parlamentsdebatten wie durch übereifrige Zeitungsschreiberei nicht nur gestört, sondern ernstlich gefährdet werden.

Morgen wird die Opposition zu Worte kommen. Und da ist im voraus das folgende kurz zu sagen:

Die deutschnationalistisch-kommunistische Opposition, die durch die jämmerliche Haltung der Volksparteiler gestärkt worden ist, hat der Reichsregierung vor Genua die Opposition ganz erheblich erschwert. Dasselbe Opposition, die wiederum die schädigen Zweideutigkeiten der Volksparteiler im Gefolge haben wird, schädigt Deutschland auch nach Genua. Wie ganz anders hätte die deutsche Regierung in Genua vor den Alliierten wie vor den Neutralen gestanden, wenn der Reichstag geschloffen wenigstens in dieser Frage der Regierung Geselligkeit geleistet hätte. Und daß ein großer Teil der Unabhängigen wenigstens indirekt die gemeinschaftliche oppositionelle Haltung noch stützt, ist tief bedauerlich. Von allen Seiten wird gebieterisch von der Reichsregierung Energie, planmäßiges Vorgehen, werden Erfolge gefordert, aber die unumgänglich notwendige Unterstützung wird der Regierung sowohl auf der Rechten wie auf der äußersten Linken verweigert. Und daran franken wir derzeit in Deutschland in leider sehr hohem Maße.



### Sturm gegen die Getreideumlage

Trotz den Erklärungen der Regierung, daß die Getreideumlage des vergangenen Jahres nur durch die letzte Zwangsmaßnahme sein werde, wenn keine Beschlechtigungen im deutschen Wirtschaftsleben eintreten, sehen die Verbände der Agrarier ihren Kampf gegen die Getreideumlage mit unruhigen Bekauptungen fort. Hinter den agrarischen Organisationen steht der Reichslandbund, der frühere Bund der Landwirte, der die Bauernschaft in immer größerem Maß gegen die allgemeinen Interessen des Volkes hindurchzusetzen versucht. Auf einer Versammlung des Reichslandbundes in Mittelfranken zum Beispiel gab der Agitator des Reichslandbundes, Landtagsabgeordneter Brügel (Mittelfranken), zu, daß für ein Drittel der Bevölkerung das Brotgetreide unerlässlich sein werde, aber „da muß eben die Regierung Mittel und Wege zu Befreiung der Notlage schaffen; was geht das den Bund der Landwirte an, desfalls ist ja die jetzige vielgeschmähte Reichsregierung da!“ Ähnliche Töne kann man auf allen Versammlungen der Agrarier hören.

Nunmehr wird auch das schwere Geschick der Landwirte in den Abgeordneten gegen die Getreideumlage aufgeführt. Die Agrarische Landwirtschaftskammer hielt am 21. Mai in Bonn eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Getreideumlage beschäftigte. In einer Resolution erhebt die Hauptversammlung den ersten Widerspruch gegen die Getreideumlage und gegen die Zwangsverwaltung, die nach wie vor die Landwirtschaft unter einem Ausnahmestand halte. Die schärfsten Worte gegen die Getreideumlage fand der Zentrumsjunker Freyher von Döe. Die Umlage sei teilweise die Ursache für die gegen die Getreideumlage vorgebracht werden, erkennt man aus den Worten des Ökonomen Lenz in J., der unter anderem darauf hinweist, daß viele Arbeiter der Landwirtschaft den Mähdern fehlen und zur Industrie abwandern. Es sei unnötig, wenn man die Landwirtschaft zwingen wolle, auch noch höhere Elemente auf Kosten der Landwirtschaft billiges Brot zu liefern. Diese Agrarier möchten also am liebsten die Arbeiter, die infolge der niedrigen Löhne der Landwirtschaft den Mähdern fehlen, mit dem Hunger bekämpfen. Derselbe Agrarier bezeichnet die Umlage als eine Sondersteuer für die Landwirtschaft.

In die Sondersteuer, die die Arbeiterklasse schon seit dem Ausbruch des Weltkrieges zu tragen hat, denken die Junker und Agrarier natürlich nicht. Während im April 1922 die Ausgaben für Ernährung um das Dreifachste gestiegen sind, sind die Löhne eines Bauers nur um das Zweifachste gestiegen, eines Arbeiters ebenfalls nur um das Zweifachste, eines Arbeiters der Reichswehr um das Dreifachste gestiegen. Der Kartoffelpreis ist sogar um das Hundertfache gestiegen. In die Höhe gestiegen. Ist die gewaltige Differenz, die zwischen den Nahrungsmittelpreisen und den Löhnen der Arbeiter liegt, nicht die schwerste und die schlimmste Sonderbesteuerung, die man sich denken kann?

Die Landwirte sind von den Wägen der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht entfernt in dem Maße betroffen worden wie die Stadtbewohner. Während die Massen in den Städten elend hungern mußten, haben sich die Landwirte doch reichlich satt essen können, und während die Arbeiter, Angestellten und Beamten zum größten Teil nicht das nötige Geld haben, um die notwendigen Kleidungsstücke zu kaufen, um ihren Haushalt zu ergänzen, während es Tausende von Kindern gibt, die kaum ein ganzes Hemd auf dem Leibe haben, füllen sich die Schränke und Kisten vieler Landwirte, und zwar sind es nicht die kleinsten, sondern die größten, wenn es auch nur Papiergeld war. Es wäre sicher kein Unglück, wenn die Agrarier ihren notleidenden Volksgenossen ein Beispiel machen müßten; sie sprechen doch so gern von ihrem unsterblichen Opfer. In Wirklichkeit kann von einem Geschenk gar keine Rede sein. Die Preise für das Umlagegetreide sind so bemessen, daß die Landwirte reichlichen Erfolg für ihre Produktionskosten erhalten, sie haben nur nicht so hohe Gewinne einflecken können, wie ihnen das sonst möglich gewesen wäre.

### Wie ausländische Sozialisten in Moskau empfangen werden

Aus Moskau wird berichtet: Die von der Zweiten und der Dritten Internationale entsandenen ausländischen Reichsdeputierten Sozialrevolutionäre, u. a. Bander, L. E. und Theodor Lieber (ehem. auch Kurt Rosenfeld, D. Red.) sind in Moskau eingetroffen. Da die in der Presse und in Meetings betriebene Propaganda die Zwischenfälle befürchtete, wurde die Ordnung auf dem Bahnhof durch ein starkes Milizangebot aufrechterhalten. Bei der Abfahrt vom Bahnhof wurden die ausländischen Sozialisten von kommunistischen Zusammenrottungen mit Pfeifen und Schimpfwörtern empfangen. Die erwarteten Reichsdeputierten aus der Zahl der im Auslande weilenden russischen Sozialrevolutionäre haben ihre Reise nach Moskau antreten, um die politischen Beziehungen nicht noch stärker zu entspannen.

### Badische Politik

#### Die Steuerreform

Waren in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses der Regierung längerer Erörterung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf die Steuerreform und die Höhe der zu entrichtenden Steuern. Es wurde von der Regierung erklärt, daß von der Steuerreform durch die Steuerbeamten alles abhängt. Man habe bei der Nachprüfung manchmal das wichtigste Mittel sei die Berücksichtigung der Namen der Steuerhinterzieher. Die Finanzgerichte seien erst im Anfang ihrer Wirksamkeit; die Steuerhinterzieher hätten sich bewährt. Ein sozialdemokratischer Redner führt einen Fall im Bezirk Offenbach, wo nach ein Mitglied des Steuerhinterziehers zu einem Mitglied des Landbundes gesagt hat: „Wenn Du mehr Steuern bezahlst, müßt ihr (denen) ein anderes Mitglied des Steuerhinterziehers daran schuld.“ Ein solches Vorgehen sei unerhört. Ein Mitglied des Landbundes fordert Namensnennung; dies wurde ihm zugesagt. Wegen der Schlichthofgebühren sollte die Regierung den Steuerhinterziehern genau kontrollieren. — Ein sozialdemokratischer Redner fordert, daß die Steuerzahler längere Zeit am Ort bleiben. — Auf die Frage eines Demokraten erklärte der Finanzminister, daß die Veranlagung für 1921 viel leicht Ende Juli fertiggestellt sei. Gegen Steuerhinterzieher werde die Regierung unerbittlich vorgehen.

Bei dem Titel „Domanen und Forsten“ wurde der nachfolgende Antrag 2. Landbundes und der Deutschen Nationalen mit 2 Stimmen bei 3 Stimmenmehrheit

tungen abgelehnt. Er lautet: „Der Landtag wolle beschließen, daß denjenigen Landwirten, die bei der Durchführung der Reform landwirtschaftliche Gebiete verlieren, insbesondere auch diejenigen, welche in Nebenbetrieben anässig sind und in der Gemarkung des Gebiets gelegene Gebiete einbüßen, auf Verlangen Ersatzgebäude, welches in staatlichem Eigentum ist, in demselben Maße gewährt wird, in welchem sie Gebiete abgeben müssen.“ Der Antrag sei, so wurde erklärt, von prinzipieller Tragweite; eine allgemeine Entschädigung der Gebietsverlierer sei unmöglich, da man einem anderen sonst Gebiete verweigern müßte. Die Regierung wolle durch Freimachung von Reichswäldern bestmöglich einzugreifen. — Die Sozialdemokratie bemerke noch, man benötige auch Anträge wie den vorliegenden zu agitatorischen Zwecken, das sei bedauerlich.

Ein Antrag: „Landwirt beir.“ wurde durch eine inzwischen erschienene Bekanntmachung der Regierung für erledigt erklärt.

### Finanz- und Wirtschaftsfragen des Staates

Am Montag trat der Haushaltsausschuss des Landtags in die Beratung des Vorschlags des Finanzministers ein. Der Vorschlag ist des Finanzministers (Dr. Müller) in einer längeren Rede, auf die die noch zurückkommen werden; er legt Grundsätze und Aufgaben dar. Auch vertritt er sich eingehend über die wirtschaftlichen Unternehmungen des badischen Staates. Dann sprach der Ausschuss die gegen die Vorschläge des Finanzministers, über welche wir bereits berichteten. Am Dienstag vormittag begann er mit der Beratung des Ministeriums. Hier wurden u. a. folgende Fragen in die Debatte einbezogen: Präsident des Landesfinanzamts. Ein deutschnationaler Redner wünscht nicht, daß beide Rotten, welche der Finanzminister befehligt, in einer Hand vereinigt sind. Alle anderen Redner verlangen die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, da die Einkünfte Baden in den Reichsinstitutionen des Bedingte.

**Aufhebung der Reichsämter.** Es bestehen solche in Karlsruhe, Rastatt und Konstanz. Ein Zentrumsjunker, der angenommen wird, fordert die Wiederherstellung und Übertragung ihrer Funktionen an die badischen Bezirksämter.

**Eisenbahnen.** Gestellt wird über die Heberentlastung auch auf diesem Gebiete. Die Zustände einzelner Bahnhöfe wie Freiburg, Heidelberg usw. bedürften unbedingt der Abhilfe. Die Bahnen seien oft schmutzig und auch an sonstigen Stellen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter sagte, daß besonders die durchgehenden Eisenbahnwagen in diesem Zustande seien. Er wolle wissen, wann die Umwandlung der nicht planmäßigen in planmäßige Stellen vollzogen werde. Es kämen Leute im Alter von 52 Jahren und mit 12-14 Dienstjahren in Frage. Ferner redete er der besseren Einflutung der handwerklich vorgebildeten Beamten des Bahnbauwesens. Die Besetzung sei auch um deswillen notwendig, weil die Gefahr bestehe, daß einzelne Eisenbahnstellen sich für Privatbesitz für Sonderleistungen von ausländischen Bahntarifen geben lassen würden.

Der Finanzminister erklärte, daß man nach dem Jahre 1923, in welchem die Umwandlung von außerplanmäßigen in planmäßigen Stellen vorzunehmen sei, an der Schaffung von neuen, überplanmäßigen Stellen denken müsse. Eine andere Wertung der geleiteten Handwerker in der Besoldungsordnung müsse eintreten. Diese Forderung des Finanzministers wurde von der Sozialdemokratie begrüßt, da sie schon lange um eine bessere Einflutung der geleiteten Handwerker kämpft und sich bei jeder Gelegenheit dafür eingesetzt hat.

Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates weisen einen guten Stand auf. Darüber hat sich der Finanzminister am Tage vorher ausführlich geäußert. Es war besonders wertvoll, daß von seiner Seite Einwendungen erhoben wurden. Man billigte es auch, daß der Staat sich intensiver an wirtschaftlichen Unternehmungen beteilige und auch entsprechende Gewinne erziele. Tapan war insbesondere die sozialdemokratische Fraktion befriedigt, da die Sozialdemokratie immer die Teilnahme oder Einwirkung des Staates auf wirtschaftliche Unternehmungen gefordert und durchsetzen hat. In diesem Zusammenhang hielt sie auch eine bessere Verwirklichung der privaten Wabungen für nötig und forderte hierzu eine Denkschrift, die von der Regierung ausgeht wurde.

### Die Neuregelung der Bezüge der Pensionäre

Die vom badischen Finanzminister versprochene baldige Erhöhung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen sah der kleine Gegenstand vor, der am Montag nachmittag vom Haushaltsausschuss beraten und erledigt wurde. Der Entwurf bringt für die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen die Regelung des Teuerungszuschlags und der Kinderzuschläge nach denselben Grundsätzen wie für die aktiven Beamten, nur mit dem Unterschied, daß der Zuschlag aus dem Ruhegehalt berechnet wird. Wären erhalten den halben Betrag, der sich ergibt, wenn der Teuerungszuschlag aus dem Einkommenszuschlag berechnet wird. Es erhalten ferner nach dem Entwurf jetzt auch die Kinder aus einer erst nach der Zukunftszeit geschlossenen Ehe, ebenso uneheliche, Kinderzuschläge. Wenn besondere Verhältnisse vorliegen, kann der Teuerungszuschlag ausnahmsweise auf den Betrag erhöht werden, der sich ergibt, wenn nicht der Ruhegehalt, sondern der Einkommenszuschlag des Beamten als Grundlage der Berechnung genommen würde.

Von den übrigen Bestimmungen des Entwurfs ist noch von allgemeinem Interesse die Bestimmung, daß Hinterbliebenen eines Beamten, welcher stirbt, bevor er einen Ruhegehalt erlangt hatte, künftig 20/60 des Einkommenszuschlags des Verstorbenen erhalten können. Bis jetzt durfte der Versorgungsbeitrag 40% des Ruhegehalts nicht übersteigen. Die neue Regelung wird Gerechtigkeit bieten, diese Versorgungsbeiträge, wo es not tut, gegen höherer Führer zu berechnen. Der Haushaltsausschuss stimmte nach unverständlicher Debatte der Vorlage zu, obwohl er hätte sein Einverständnis damit, daß das Finanzministerium übermässige Schritte unternimmt, um eine bessere Einflutung der Pensionäre zu erzielen.

### Zu den Gehaltszahlungen der Beamten

Am Anstich hieran sprach ein sozialdemokratischer Vertreter noch die Klagen mancher aktiven Beamten über zu späte Auszahlung der April-Zulagen; er vermisst auch auf eine Aufsicht in der Monatsnummer des „Volksfreund“. Genuell sollte die Regierung eine bestimmte Frist festsetzen, bis zu welcher die Auszahlung erfolgt sein müsse. Das letztere bezeichnete der Finanzminister als nicht angängig. Es sei aber alles getan worden, um die rasche Auszahlung zu sichern. Wie den Rechnern bediene es die große Zahl, daß sie später werden die Beamten in den Genuss ihrer Bezüge kämen. Man werde prüfen, ob sich das neue Schema, daß jeder Beamte seine Gehälter und die Zulagen selbst berechnen, bewähre.

Disziplinartafel für Mitglieder von Gemeinderäten. Gemäß § 75 Abs. 5 der Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921 werden vom Ministerium des Innern auf die Dauer von vier Jahren von gemeinderätlichen Mitgliedern des bei dem Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe zu bildenden Disziplinartafel und zu deren Stellvertretern ernannt: 1. Oberbürgermeister Dr. Finster-Karlsruhe (Stellvertreter: Stadtrat Wölger-Karlsruhe), 2. Reichsheim, Oberbürgermeister Dr. Meißner-Bruchsal, 3. Reichsheim und Gemeinderat Göhmann-Karlsruhe (Stellvertreter:

Bürgermeister Schenau-Weiten, Bürgermeister Reinhardt-Schwetzingen, 3. Bürgermeister Weges-Gernsbach (Stellvertreter: Bürgermeister Fick-Großingen, Bürgermeister Dörner-Mühlhausen).

**Personalveränderungen in der Beamtenliste.** Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, wurde Regierungsrat Otto Rheinhardt beim Finanzministerium in Karlsruhe zum Finanzrat ernannt. Dem Finanzminister Wilhelm Kallius in Weiden wurde das Postamt Weiden, Postamt Baden und Postamt Mannheim übertragen. Dem Postamt Mannheim wurde Dr. May Seeger unter Ernennung zum Postmeister das Postamt Emmendingen übertragen. Postamt Mannheim G. H. A. D. A. wurde zum Postamt Karlsruhe-Forst bestellt. Bibliothekar Dr. Rinke an der Universität Heidelberg wurde zum Oberbibliothekar ernannt.

### Aus der Partei

„Am Dienste der Entente.“ Durch das Strafgericht, das Hans Volstead in seiner Schrift: „Ludendorfs Selbstporträt“ an dem Organisator der deutschen Niederlage vollzogen hat, ist die Aufmerksamkeit der deutschen Leser wieder auf den französischen Geheimbericht Nr. 7 gerichtet worden, der unsere Aufmerksamkeit für sich als Bundesgenossen der Entente begrüßt. Vor kurzer Zeit hat nun Genosse Keil diesen Bericht in einer selbständigen, den alldeutschen Landesverband lagend beleuchtenden Bearbeitung unter dem Titel „Am Dienste der Entente“ im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, (Preis 3 M.) herausgegeben. Derselbe schreibt über den französischen Geheimbericht: „Millionenfach sollte dieses Schriftstück in deutschen Kreise verbreitet werden.“ Wohl, Genossen, sorgt für die massenhafte Verbreitung der Schrift Keil.

### Gemeindepolitik

Das „Reichsrentengesetz“, das für die Allgemeinheit von einschneidender Bedeutung ist, bringt sowohl für den Mieter als auch für den Vermieter viele neue Bestimmungen, zu deren Durchführung der einfache Volkswort des Gesetzes nicht ausreicht wird. Ein zuverlässiger Helfer für die praktische Anwendung des Gesetzes ist der in dem Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, auf Grund des amtlichen Materials erscheinende „Kommentar zum Reichsrentengesetz“ von Dr. K. K. K., Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. Ledener Preis beträgt 20 M., gebunden 30 M. Das Buch enthält im ersten Teil eine kurze Uebersicht über die bisherige Entwicklung des Mietrechts in Deutschland, insbesondere über die Mietrechtsverhältnisse während des Krieges und der Nachkriegszeit. Sodann wird die Vorgesichte des Reichsrentengesetzes und die Neuordnung des Mietrechts erörtert. Der zweite und hauptsächlichste Teil bringt den Gesetztext mit eingehenden Erläuterungen, welche sowohl die damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen behandeln, als auch die praktische Anwendung des Gesetzes ausführlich darstellen.

### Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt am 24. Mai in Mannheim unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Wolz-Heidelberg einen Stadtag ab, zu dem etwa 70 Gemeindevorsteher erschienen waren. Den Verhandlungen wohnten ferner an: der Minister des Innern und der Referent für Gemeindeangelegenheiten im Ministerium des Innern, ein Vertreter des Ministeriums der Finanzen, Vertreter des bad. Städtebundes und des Bad. Gemeindeverbandes, sowie ein Vertreter des Bürt. Städtebundes. Nach Begrüßung der Erschienenen hielt 1. Bürgermeister Ritter-Mannheim einen Vortrag über die Entwicklung und die Bedeutung der badischen Städtetraktate. Der Vortrag, der die Erschienenen mit aller Kraft für die weitere Entwicklung dieser Einrichtung eintreten sollen, fand allgemeine Zustimmung. — Hauptgegenstand der Tagesordnung war die im Vordergrund des Interesses stehende Frage der Gemeindefestsetzung. Hierüber hielt Oberbürgermeister Dr. K. K. K. an Hand von ihm aufgestellter ausführlicher Listen einen Vortrag, in dem die gegenwärtige Lage eingehend geschildert und die Möglichkeiten einer Verbesserung der Lage der Gemeinden nach allen Richtungen gründlich beleuchtet wurde. In den Vorträgen schloß sich eine ausgiebige Besprechung, in der sich ergab, daß den Ausführungen und Vorschlägen des Referenten grundsätzlich und allseitig zugestimmt wurde, wenn auch einzelne Redner bezgl. verschiedener Einzelpunkte Vorbehalte machen zu müssen glaubten. — Nach Erledigung der Formalien schloß der Vorsitzende um 12 Uhr die Tagung.

### Soziale Rundschau

#### Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Eine bereits kürzlich gemeldete Zurückhaltung von Aufträgen macht sich auch in der Berichtswochen bemerkbar, gleichwohl kann die Lage im allgemeinen als günstig angesehen werden. Gut gelitten ist vor allem die Lage in der Landwirtschaft, ferner im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, im Schneidergewerbe und im Bauhandwerk. In der Industrie der Steine und Erden hat sich der sehr stark Bedarf an Steinhauern und Steinbrechern erhalten. Sehr beschäftigt ist die Edelmetallindustrie.

#### Tagung der Reichssteuerbeamten

Der Bund deutscher Reichssteuerbeamten (19 000 Mitglieder) hielt vom 20. bis 24. Mai seine Wanderversammlung in Heidelberg ab, die von den Vertretern aller Berufsgruppen aus allen deutschen Gauein der Reichssteuerverwaltung teilnahm. Das Landesfinanzamt Karlsruhe hatte in Herrn Oberregierungsrat Stüchli einen Vertreter entsandt. Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Referat von Steuerinspektor Feldhüter (Köln) über „Aufgaben und Stellung des mittleren Steuerbeamten in der Finanzverwaltung“. In längeren Ausführungen stellte der Referent programmatische Forderungen für den wichtigsten Teil der Reichsfinanzverwaltung, nämlich die Gruppe der Obersteuersekretäre, Steuerinspektoren und Obersteuerinspektoren, die das Rückgrat der ganzen Verwaltung bilden, auf. Er forderte insbesondere die durch amtliche Unterrichtslehre verbesserte wissenschaftliche Ausbildung und eine Anerkennung der Leistung der Beamten durch die Verwaltung. „Was ich heute er darauf hinweisen, daß die Reichsfinanzverwaltung heute auf diesem Gesichtspunkt leider nicht Rechnung genommen habe, und daß damit eine günstige Gelegenheit verstreichen sei, der Schieberei und Wuchererei erfolgreich zu begegnen. Der Steuerdienstleistungsbeamte sei der beste Volkswirt, weil nur er die sozialen Gesichtspunkte wirklich ansprechen könne. Ein Referat von Ministerialrat Kraus (Berlin) über den Ausbau der Wohlfahrtsleistungen des Reichssteuerbeamtenbundes fand mit lebhaften gedanklichen Ausführungen ungeliebte Zustimmung. Der Schluß der Tagung wurde durch eine einstimmig beschlossene Entschließung abgeschlossen.

Die von der Reparationskommission vor Kurzem erneut gestellten unerfüllbaren Forderungen zwingen den ausgeprochen deutschen Volk ein Nachdenken auf und nehmen ihm jede politische Selbstständigkeit. Die deutsche Regierung darf gewiß sein, daß die im Bund deutscher Reichssteuerbeamten zusammengefaßte Beamtenenschaft es eintretendfalls ablehnen wird, von unserer armen Volk feinerhin Instruktionen an Steuern



Sozialdem. Fraktion nur schweren Herzens der Vorlage zustimmen kann. Man sollte mehr den Verkehr ausbauen, um ihn rentabler zu gestalten. Dies gelte besonders für den Bodenzweck. So ist es z. B. auf der Strecke nach Barleben oft nicht möglich, die Anbahnung zu bewilligen. Nicht Abbau, sondern Auf- und Ausbau müsse die Lösung sein, schon im Interesse der Volkswirtschaft. Nebenrichtig an die Stadtwirtschaft die Frage, was mit dem Material der Stadterweiterung geschehe. Die Straßenbahn sollte bis Blankenloch weitergeführt werden. Von einer Vergrößerung des Tarifs muß abgesehen werden. — Stadtm. Pfeiff (Dem.) wandte sich gegen den Antrag der U.S.B., denn er bringe keine wirklichen Vorteile, wenn die Fahrpreise nicht herabgesetzt werden. — Stadtm. Siegel (Dem.) sprach zugunsten des demokratischen Antrages. — Oberbürgermeister Dr. Finter leitete noch mit, daß die Einnahmen, auch aus dem Verkehr, sich erheblich gesteigert haben. — Die Vorlage fand einstimmige Annahme unter Ablehnung der Änderungsanträge.

Zum Schluß gelangten 3 Vorlagen betr. Ankauf und Verkauf von Grundstücken einstimmig und ohne Debatte zur Annahme.

### Aus der Stadt

Karlsruhe, 31. Mai

#### Geschichtskalender

31. Mai. 1817 \*Der Dichter Georg Herwegh in Stuttgart. 1872 \*Der Schriftsteller Friedrich Gerstäcker in Braunschweig. — 1904 Friede in Kairo (Südostafrikanischer Krieg).

#### Karlsruher Parteianträge

Parteiversammlung. Auf die heute abend 8 Uhr im „Gefanten“ stattfindende Parteiverammlung sei nochmals hingewiesen. Da 3 wichtige Tagesordnungspunkte zu erledigen sind, ist pünktliches, aber auch pünktliches Erscheinen erforderlich.

Bezirk Mannheim. Donnerstag, 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Vertrauensmännerkongress im „Schwanen“. Das Erscheinen aller Vertrauensmänner ist notwendig.

#### Das Väder- und Vademel in Karlsruhe

3 Mannheim besitzt in seinem Bereich ein der schönsten Väder Deutschlands. Sein Ursprung ist auf eine Stiftung vor dem Jahre zurückzuführen. Damals stand eine ausserordentliche Summe Geldes aus Stiftungsmitteln zur Verfügung, um den Bau in der geplanten großzügigen Weise zu erfüllen. Der Krieg gestaltete die Dinge anders. Die Bauausführung verzögerte große Zuschüsse, deren Amortisierung und Verzinsung in den Väderpreisen wieder zum Ausdruck gelang. Trotzdem verlangt der Betrieb des Herrschaftsbau noch erhebliche Zuschüsse und die Stadt leistet dieselben.

In Karlsruhe besitzen wir zwei städtische Väder. Es ist bezeichnend, daß die Unterhaltung derselben höhere Summen bedarf. Wenn sich bei steigender Erhöhung der Kohlenpreise und bei der Steigerung der Löhne und Gehälter im Betrieb dieser Väder Schwierigkeiten ergeben, dann ist dies ebenfalls verständlich. Nebenbei bemerkt, daß die Väderpreise des Mannheimer Herrschaftsbau die Väderpreise der Karlsruher Väder nicht ruhig stehen lassen. Man will eine Erhöhung der Väderpreise nach der anderen durchsetzen und ist nunmehr bei Preisen angelangt, welche das Väder für die weniger bemittelten Schichten unter dem Begriff Väder einzusetzen in der Lage sind. Wenn diese werden wir in Karlsruhe soweit sein, daß für die arbeitenden Schichten der Bevölkerung für den Ankauf von Vädern und vor allen Dingen für seine Angehörigen, das Väder überaus nicht mehr zu bezahlen sein wird. Denn die meisten der eben Genannten besitzen im eigenen Heim keine Vademöglichkeiten. Dafür greift die Lungenkrankheit desto stärker. Der Grund dafür ist, daß die Väder und je höher die Preisen derselben, desto niedriger die Krankheitskosten einer Stadt und insbesondere der Krankenkassen, ist, desto in wenigen Städten von der Größe Karlsruhe den Stadtvätern mehr außer Sinn geraten, als gerade hier am Orte. Das Vademel selbst ist ebenfalls kein Teil der Väder, sondern ein Vademel, das die Vademelstützen besitzt, steht schauernd und furchtbar da. Welche Stadtväter aber stehen verwundert über die große Zahl der Kranken und Sticken und befragen ganz, daß sie einen Teil der Verantwortung zu tragen gezwungen sind. Es ist richtig, daß die städtischen Betriebe finanziell sich selbst tragen sollen. Betreffen darf aber auch nicht werden, daß solche städtischen Betriebe, die ausschließlich auf die Vademelstützen gegründet sind, unter gewissen Voraussetzungen sogar Zuschüsse nicht nur erhalten können, sondern sogar werden müssen, wenn einmal starke gesundheitliche Momente von sozialer Bedeutung in Aussicht stehen. Das ist vor allen Dingen dann zutreffend, wenn sich die Volksgesundheit in solch großer Gefahr befindet, wie dies zur Zeit der Fall ist, und wenn Gegenmaßnahmen angegriffen werden müssen. Die Väder stellen solche durchaus notwendigen, von der Gemeinde zu beschaffenden Maßnahmen dar und ihre Verteuerung bis zur Unerreichbarkeit bedeutet neben einer Verteuerung der Volksgesundheit auch eine Verteuerung der Reinlichkeit der Karlsruher Bevölkerung. Wenn man nunmehr in letzter Zeit dazu übergegangen ist, für die den Schwimmbad betreibenden Vereine die Väderpreise in einer derartig starken Weise zu erhöhen, daß dadurch vor allen Dingen die Jugend um die Möglichkeit kommt, schwimmend und gesundheitsfördernd tätig zu sein, dann ist dieser Zustand gefährlich und sollte zu höchsten Bedenken Anlaß geben. Wie man uns mittelbar wird es binnen Kürze zeigen, daß bei vereinsmäßigem Schwimmbetrieb die Väderpreise von 4-5 M für Erwachsene und 2-4 M für Jugendliche kommt. Dies fordert zum schärfsten Widerspruch heraus und es ist notwendig, daß sich die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Stadtvorstand einmündigen und im Stadtrat einmal mit Energie der Forderung dieses Aufwandes inoffiziell annehmen, als die Väderpreise nicht mehr erhöht werden dürfen, wenn man die Vademelstütze in Karlsruhe nicht geradezu zunichte will.

Der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens sendet uns folgende Zuschrift:

An Ihrer Nr. 110 vom Dienstag, den 23. Mai brachten Sie unter der Überschrift „Die Funktionen des Metallarbeiterverbandes“ für angeführten Ausprägung Darlegungen des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Karlsruhe, in denen die Hauptrolle der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens hätte durch die angeführte Ausprägung einen Vertag zu erlangen. Diese Darlegung kann nicht unüberprüft bleiben. Der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens hat nicht, wie der Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Karlsruhe, anzunehmen scheut, die Ausprägung vorgenommen, um dem 1. Juli im Verbandesgebiet die 48-Stundenmode auf dem Wege des Kampfes herbeizuführen, sondern, wie es in der Bekanntmachung der Metallindustriellen Mittelbadens vom 17. ds. Mts. ausdrücklich heißt, haben wir als Mitglied der Süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Ausprägung schreiben müssen, um dadurch die Einheit der Arbeitgeber in dieser Frage zu bewahren. Es handelt sich also nicht um die Abänderung des gegenwärtigen Vertragszustandes, sondern um eine Klärung im Interesse der Solidarität der Süddeutschen Gruppe des Ge-

famverbandes Deutscher Metallindustrieller. Aus diesem diesem Grunde war es auch nicht geboten, vorher in Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband einzutreten.

Zu obigem Schreiben des Verbandes der Metallindustriellen Mittelbadens bemerkt der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Karlsruhe:

1. Es liegt fest, was wohl unbestritten ist, daß der Verband der Metallindustriellen auf Gebiet der Süddeutschen Gruppe, bezw. des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller den Beschluß gefaßt hat, am 2. Juni a. s. z. zu treten, trotzdem unser Vertrag rechtsgültig noch bis 1. Juli 1922 läuft. 2. Wenn der Metallindustriellenverband schreibt, daß er nicht daran denke, vor dem 1. Juli an der Arbeitzeit zu rütteln, so bedeutet dies nichts anderes als eine Verzichtserklärung. — Eine Frage an den Metallindustriellenverband: Was hätte er gesagt, wenn wir beschließen hätten, ab 2. Juni in den Streik einzutreten und zwar deshalb, weil wir eine Verlängerung der Arbeitszeit fordern, z. B. von 46 auf 48 Stunden? Wir haben den Verband der Metallindustriellen freiwillig genug darauf aufmerksam gemacht, daß sein Vorgehen in der Frage der Arbeitzeit, wenn er zur Ausprägung überginge, dies nichts anderes, als wie einen glatten Vertragsbruch bedeuten würde.

Ueber „Gemeinschaftsformen der Jugendbewegung“ spricht morgen Donnerstag abend 8 Uhr im Reichensaal der Leopoldschule Herr Neg. Mai Brochmer, Referent für Arbeitsbewegungen und Jugendpflege im Unterministerium. Die Veranstaltung ist vom Arbeiterparteiartell einberufen und es ist deshalb Pflicht aller Arbeiterpartei, besonders der Funktionäre, die Veranstaltung zu besuchen. Auch die Arbeiterjugend und diejenigen Genossen, die in der Jugendbewegung tätig sind, werden um ihr Erscheinen ersucht.

Volksbühne Karlsruhe. Wie schon mitgeteilt, wird das große Chorwerk „Columbus“ von Jölicher, das für sich hier mit großem Erfolg gegeben wurde, am Samstag, 10. Juni, für die Volksbühne wiederholt. Der Reinertrag des Konzerts soll dem Fond zuteilen, der für den Orgelumbau aus dem Konzerthaus in die Halle bestimmt ist. Ausgeführt wird das Chorwerk wieder von den 500 Mann starken Arbeitergesangsvereinen unter Leitung des Herrn Chorleiter, Giffeler, sowie dem gesamten Landeschorvereine. Die Solopartien haben wieder übernommen Herr Kammerjäger Van den Gosseln, sowie Frau Janetta Hermsdorf. Der Komponist wird der Aufführung anwohnen. Die Einkünfte des Konzerts bei den Vertrauensleuten auf. Sie müssen der Kürze der Zeit wegen unbedingt am 3. Juni abgeholt sein.

Bahisches Landestheater. Die erste Wiederholung des Bühnenstücks „Das Postamt“ von Robinsonath Kanore und der Komödie der „Erzählungen“ von Schiller findet im Abonnement G 4 unter Beteiligung der Theatergemeinde des „Bühnenvereins“ mit den Nummern 2901-2950 am Donnerstag, den 1. Juni statt. — Am ersten Freitagabend geht im Konzerthaus Rudolf Pressers „Fidelio“ von der „Falsch“ in Szene und geht mit dieser Vorstellung das Jubiläum ihrer 25. Karlsruher Aufführung. Am zweiten Freitagabend wird im Konzerthaus der wirkungsvolle dreifache Schwan „Der Felsenleber“ von Max Kellmann und Otto Schnerz wiederholt. Die nächste Aufführung von Schillers „Die Räuber“ am 11. Juni auf Donnerstag, den 3. Juni, angelegt. Als nächste Aufführung geht Schillers „Die Räuber“ am 11. Juni in Szene. Für Freitagabend ist im Landestheater eine Aufführung von Webers „Friedrich“ angelegt worden. An diesem Tage feiern wir den Todestag dieses großen Meisters. Die Vorstellung steht unter der musikalischen Leitung von Alfred Lorenz, Gabriele Hoffert singt zum erstenmal das Kennen.

Stadtparkkonzert. Heute Mittwoch, den 31. Mai, eröffnet der Musikverein Karlsruhe das 1. Konzert zu ermäßigten Eintrittspreisen (siehe Anzeige). „Lehrer Matzenberg“ nennt sich dieses Konzert und hat hierfür der Dirigent der Kapelle Herr O. Leonhardt jr. ein gebiegenes Programm aufgestellt und dürfte den Besuchern ein genussreiches Abend besorgen. Wie im letzten Jahre, über solche Konzerte zu ermäßigten Eintrittspreisen auf das Publikum einen starken Anreiz aus. Ab 1. Juni ds. Js. erlöschen die Eintrittspreise auf 3 M für Jahresabonnenten und 8 M für sonstige Kinder je die Hälfte.

p. Brand. In verflößerter Nacht entstand in einem Arbeitsraum im früheren Landdepot Gottesackerstr. 6 dadurch Feuer, daß ein elektrisches Bügeleisen nach Arbeitsende auf einem Tisch stehen blieb, ohne daß der Anschlag an die Leitung abgebrochen wurde. Der Brand, der nur unerheblichen Schaden verursachte, wurde durch die Feuerwache gelöscht.

p. Unfall. Aus einer Höhe von 5 Meter stürzte gestern vormittag ein Hilfsarbeiter von hier beim Fenstereinigen in einen Abwascher der Wollstraße herab und zog sich eine so erhebliche Kopfverletzung zu, daß er mittels Krankenautos nach dem städtischen Krankenhaus verbracht werden mußte.

### Valuta-Bericht vom 30. Mai

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1,03 Gts. Auszahlung Holland notierte etwa 105,25 A per holl. Guld.; Schwed. notierte etwa 68 A per schw. Kr.; England notierte etwa 1205 A per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte etwa 21,87 1/2 A per frs. Fr.; Neuhort notierte etwa 271,50 A per Dollar.

### Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 808, Gef. 3; Rehl 383; Magau 581, Gef. 3; Mannheim 403; Konstanz 340 Zentimeter.

### Letzte Nachrichten

#### Die Humanität stellt den Kriegsheer Poincaré bloß

Die kommunistische „Humanität“ veröffentlicht einen Brief Poincarés an den russischen Baron vom 20. März 1912, für dessen Echtheit man dem Blatte die Verantwortung überlassen muß. Nach der Darstellung der „Humanität“ sollte er das Beglaubigungsschreiben Decksches bei dessen Eintritt als Botschafter in Petersburg ergänzen. Es heißt darin: „Als ich im vergangenen Jahre die Ehre hatte, von Eurer Majestät in Peterhof empfangen zu werden, hatte ich die hohe Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf die Frage gelenkt, wie nützlich es sei, den Ausbau gewisser Eisenwege an der Westgrenze des russischen Reiches zu beschleunigen. Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung auf sich zu nehmen beabsichtigt, um das Gleichgewicht der europäischen Mächte aufrecht zu erhalten, lassen heute die entsprechenden Maßnahmen besonders dringlich erscheinen, über deren Notwendigkeit die Generäle in Abrede der beiden Länder sich vereinigt haben. Decksches wird Eurer Majestät und Eurer Regierung von diesen wichtigen Fragen und von allen denen sprechen, die die Ausdehnung der Aktion betreffen, um und die Möglichkeit geben zu können, mit großer Sicherheit über die Erhaltung des Friedens zu wachen.“

#### Neue polnische Ausschreitungen in Oberschlesien

Berlin, 30. Mai. (Privattelegramm.) Im Laufe des gestrigen Tages und während der gestrigen Nacht ist es im ober-schlesischen Industriebezirk, vor allem in Kattowitz zu ernsthaften Unruhen gekommen. Auf Grund eines Aufrufs des polnischen Eisenbahnerverbandes, in dem die polnischen Eisenbahnarbeiter in dem Deutschland zugehörigen Teile Oberschlesiens aufgefordert werden, nach Kattowitz zu kommen, um die deutschen Arbeiter in dem Polen zuerkannten Teile zu ersetzen, strömten Tausende polnischer Eisenbahnarbeiter in Kattowitz zusammen. Da für sie keine Unterbringungsmaßnahme vorhanden war, kam die Menge in gereizte Stimmung, die noch gesteigert wurde durch die Aufforderung eines polnischen Aufrufes, nicht eher zu ruhen, als bis der letzte Deutsche aus dem polnischen Gebiet heraus sei. Die erregte Menge verjagte in Hotels und Geschäftsläden einzuweichen. Auch außerhalb von Kattowitz wurden Ausschreitungen gegen Deutsche verübt. So wurde ein Schlosshaus überfallen, die Deutschen aus den Betten gezerrt und verprügelt.

Schriftleitung Georg Schuppilin. Verantwortlich für Artikel, politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Nabel; für badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus dem Bezirk, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giffeler; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Ab 4 Jellen Vereinsanzeiger. Bei 6 und mehr Jellen Nr. 3.— die Jellen Nr. 4.— die Jellen.

Karlsruhe. (Christlich-Sozialer Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund.) Hiermit ergeht Einladung zu einer am Donnerstag, 1. Juni, abends 8 Uhr, im Saale des „Noten Kreuz“, Stefanienstr. 74, Hs. II, stattfindenden Vertreter-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Bericht über die Metallarbeiter-Ausprägung; 3. Kasienbericht und Berichterstattung; 4. Neuwahl eines Artell-Kommissionsmitgliedes. Zahlreiches Erscheinen der Kartellvertreter erwartet. 8004 Blankenloch. (Sozialdemokratischer Verein.) Donnerstag abend 8 Uhr im „Schwanen“ wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Genossen erforderlich. (1449)

Baden-Baden. (Arbeiter-Gesangsverein.) Donnerstag, 1. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel „Valdreh“ wichtige Versammlung. Alle aktiven und passiven Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen. Auch Freunde unseres Vereins sind willkommen. (1450)

# ERFRISCHUNGEN

IN UNSEREM HAUSE!

- Gefrorenes**
- Vanille . . . Portion 6.—
  - Citron . . . Portion 6.—
  - Gemischt . . Portion 6.—
  - Eissee . . . Glas 7.—
  - Eischokolade Glas 10.—

Angenehmer kühler Aufenthalt!

- Limonaden**
- Himbeer naturell . . . 5,50
  - Sorbet . . . . . Glas 6,50
  - Citron naturell . . . 8.—

Täglich frisches Kaffee- und Teegebäck

## KNOFF.

**Am Pfingstamstag, den 3. Juni 1922**  
bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen.

Badische Bank  
Veit L. Homburger  
Mitteldeutsche Creditbank  
Rheinische Creditbank

Straus & Co.  
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft  
Vereinsbank Karlsruhe

**Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.**  
Mittwoch, den 31. ds. Mts., abends 8 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstraße 42

**Haupt-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Handel und Handelspolitik. Referent: Genosse Dr. Kullmann, Landtagsabg. und Stadtrat.  
2. Die Beitragsregelung. Referent: Genosse O. Trinius, Parteisekretär.  
3. Wahl der Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz. Hierzu sind die Genossinnen und Genossen freumbilligt eingeladen.

**Karlsruher Hausfrauenbund**  
Näh- u. Zuschneidkurs unter behilflicher Leitung. Beginn Dienstag den 6. Juni. Anmeldung und Auskunft täglich von 3-4 Uhr im Schöpfung. Mitterstr. 7. 3924

**Leeres Zimmer**  
von älterem Arbeiter auf sofort oder 15. Juni gesucht. Offerten an das Volksfreundbüro mit Nr. 3906 erbeten.

**Anzüge, Hosens**  
gestreift und foldgrau, blau und Drillich, Sommer-Joppen, sonst. Kleidungs-Stücke kaufen Sie billig bei  
**Glözer**  
Zähringerstraße 53a.

**Milchpreis.**  
Der Preis für Vollmilch zur Versorgung der Bezugsberechtigten in Reihe A und B wird mit Zustimmung des Milchschaffers ab 1. Juni d. J. auf 8.— je Liter festgelegt.  
Karlsruhe, den 30. Mai 1922.  
Milchamt.

Mittwoch, den 31. Mai 1922

**Landestheater**  
5-7/10 Uhr, Mik. 55.—  
Der Ring des Nibelungen  
II. Tag.  
**Siegfried.**

**Konzerthaus**  
7-10 Uhr Volksabühne M 4  
**Der Kaufmann von Venedig.**

**Residenz-Lichtspiele**  
Waldstraße 30 Telephone 5111  
Nur Dienstag bis einsch. Freitag

**Dr. Mabule der Spieler**  
10 Akte  
Nach dem bekannten Roman in der „Berliner Illustrierten Zeitung“ von Norbert Jacques. 3926  
Spieldauer: 2 Stunden 15 Minuten.  
Beginn der Vorstellungen: 2.00, 4.15, 6.30, 8.45 Uhr.  
Man wolle gefl. beachten, daß zu sämtlichen Vorstellungen nur an der Kasse gelbste Karten zum Eintritt berechnen. — Freikarten, Parteipartoutkarten sind ungtl.

**Prima**  
**Fahrradbereifung**  
Fahrräder und Zubehör zu vorteilhaftesten Preisen. Nordische Stahlgefellschaft m. b. H. Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

**Verlobungs-Ringe**  
Gold- und Silberwaren empfiehlt  
**Chr. Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe**, Kaiserstrasse 7a

**Gardinen**  
kanten Sie am billigsten im Etagen-Geschäft!  
Infolge günstiger Einkäufe kann ich preiswert anbieten:  
Stores m. echt. Handfilet-Einsatz v. M. 550 an  
„Imit. Filet-Einsätzen von M. 275 an  
Künstler-Garnituren, Stellig von M. 350 an  
Madras- „ „ „ M. 550 an  
Stäckware, Etamine und Scheibengardinen zu aus. bill. Preisen, in nur prima Qualität  
**M. Becker**  
Adlerstraße 1, 2. St., beim Schloßplatz

**Schlafzimmer-Bilder**  
preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen. Schlafers Kunsthandlung, Kaiserstraße 30.

**Mehrere Mechaniker**  
sowie ein tüchtiger  
**Werkzeugschleifer**  
der auch die Werkzeugausgabe zu über- wachen hat, werden lürdauernde Beschäftigung gesucht.  
**Schnellwaagenfabrik G. m. b. H.**  
Karlsruhe, Bannwaldallee 38

**Speisekartoffeln**  
beliebige Mengen und Sorten abzugeben.  
Preis Mk. 220.— per Ztr.  
Bei Abnahme ganzer Säcken oder Waggonsladungen entsprechende Ermäßigung.  
Lager der Bad. landw. Hauptgenossenschaft  
Karlsruh-Rheinhausen, Werk halle 3.  
Telephon Nr. 4619.

**Schuhwaren**  
Gütergeschäft  
Kaiserstr. 16, Treppe bei der Kaiserstraße.  
Kein Laden.  
Es kommen zum Verkauf mit kleinen Schönheits- fehler, weit unter Preis  
1 kleiner Vollen  
**Chenreug-Knaben- und Mädchen-Stiefel**  
Nr. 27-30 . . . . . Mk. 185.—  
Nr. 31-35 . . . . . Mk. 215.—  
braun  
Nr. 27-30 . . . . . Mk. 260.—  
Nr. 31-35 . . . . . Mk. 280.—  
**Schwarz-Finderlandalen**  
Nr. 22-25 . . . . . Mk. 70.—  
Nr. 26-30 . . . . . Mk. 90.—  
Außerdem alle son-  
**Schuh- und Strumpfwaren**  
zu ganz billigen Preisen  
**R. Maier.**  
Einige schöne, neue  
**Herren-Anzüge**  
Solen aller Art, Joppen, berich. weiße Damen- Kleider, neue und getrag. Damen- u. Herrenstiefel billig abgegeben bei  
**Metzrad, Nr. 32, 11.**

**Güterbestätterei**  
**Eugen von Steffelin**  
Prompte Abholung und Zustellung von Express-, Eil- und Fracht- gütern sowie Wagenladungen  
Frachtgut Telephon 2 und 432  
Eil- u. Expressgut Telephon 602.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teil- nahme, welche für die zahlreichen Kranz- spenden und Ehrungen anlässlich des Hin- scheidens meines lieben Mannes, mei- nigen Vaters, spreche ich auf diesem Wege meinen innigen Dank aus.  
**Wifele Berthe, Witw.**  
**Christian Herste.**

**Volks-Buchhandlung**  
der Sozialdem. Partei befindet sich  
**Karlsruhe, Adlerstrasse 16.**  
Telephon 3701.

**Maßstatter Anzeigen.**  
**Städt. Schwimmbad im Schwanen- garten von morgen ab geöffnet!**  
Maßst., den 30. Mai 1922. 1023  
Der Bürgermeisteramt.

**Baden-Baden.**  
Die nachstehende Gemeindefassung der Stadt Baden-Baden Bürgerausschusses vom 10. 5. 1922 wird hiermit bekanntgegeben:  
Bis zu den Erneuerungswahlen der Gemeindefassung im Jahre 1923 wird ein außer dem Vor- sitzenden aus 14 Stadtratsmitgliedern und 7 ehrenamt- lichen Mitgliedern des Stadtrats bestehender Ge- meinderat beschließendber Ausschuss eingesetzt; dieser Ausschuss berechtigt für solche Geschäfte, deren Durch- führung die Angelegenheit des Bürgerausschusses nicht erfordert, die Zuständigkeit des Stadtrats u. des Bürger- ausschusses. Wahlkörper ist der Bürgerausschuss.  
Baden-Baden, den 29. Mai 1922.  
Der Oberbürgermeister.

**Kartenausgabe.**  
Die Ausgabe der Vollmilchkarten für Bezugs- berechtigte, die ihre Karte bei den Milchämtern direkt beschreiben, erfolgt in der Zeit vom 31. Mai bis 3. Juni von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.  
Milchamt. 1025

**Sojort beziehbare Wohnung.**  
In Durlach (am Durlach) in eine geräumige Wohnung mit sämtlichen Annehmlichkeiten zu be- ziehen. Dagegen müßte in Karlsruhe eine Wohn- ung zur Verfügung ge- stellt werden, evtl. läme auch eine Familie in Frage, die beim Wohnungsbau in Karlsruhe eine Dringlich- keits-Bezeichnung besitzt.  
Offerten unter Nr. 3928 an das Volksfreundbüro.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Bruchtaler Anzeigen.**  
**Kartenausgabe**  
am Donnerstag, den 1. Juni 1922, an die Buch- haben L bis einschließlich R.  
Bruchtal, den 31. Mai 1922. 1020  
Kommunalverband Bruchtal-Stadt.  
Kartenausgabebüro.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Brennholz-Versorgung.**  
Die auf Grund der Ausschreiben vom 2. 5. und 17. 3. 1922 beim Bürgermeisteramt begun- den Ortsoffizienstelle angemeldeten Holzmenge- n können nicht in vollem Umfange beschafft wer- den. Aus hiesigen Waldungen sieht nur noch ein kleiner Teil des Holzbedarfes zur Verfü- gung. Die umfangreichen Bemühungen, Brenn- holz von auswärtigen Waldbesitzern zu erhal- ten, haben nur einen ganz geringen Erfolg ge- zeigt, da der größte Teil des Holzes aus dem diesjährigen Holzverkauf bereits überall im Wege der Versteigerung abgegeben ist.  
Mit Stadtratsbeschluss vom 22. Mai 1922 ist für das zur Verfügung stehende Holz folgendes Verteilungsverfahren festgelegt:  
1. Die aus hiesigen Waldungen verfügbaren 1500 Ster sind in Lotsen zu je 1 Ster sofort zu verteilen. Diejenige Holzmenge, die von auswärts beschafft werden kann, wird an die restlichen Anmelde ab Gaswert in gleichen Gewichtsmengen im Spätherbst abgegeben.  
2. Durch Los ist zu entscheiden, ob die Liefe- rung ab Wald oder ab Gaswert zu erfol- gen hat.  
3. Holzsorte und Waldbezirk werden eben- falls durch das Los bestimmt.  
4. Die Verlosung erfolgt durch amtliche, öf- fentliche Ziehung unter Aufsicht eines Stadtrats.  
In Vollzug dieses Beschlusses werden diejeni- gen Anmelde, die eine Zuweisung ab Durlacher Wald nicht wünschen und ab Gaswert bezie- hen wollen, aufgefordert, dies der Ortsof- fizienstelle spätestens bis zum Freitag, den 2. Juni d. J., nachmittags 4 Uhr, mitzuteilen. Die amtliche Ziehung erfolgt im Rathaus im- mer um 11 Uhr am Dienstag, den 6. Juni 1922, von 10 bis 12 Uhr ab. Das persönliche Erschei- nen der Anmelde ist nicht erforderlich, wird jedoch jedem freigestellt. Nach erfolgter Ziehung wird denjenigen Anmelde, die für Lieferung ab Durlacher Wald ausgelost sind, der Loszet- tel zugestellt, auf dem alles weitere angegeben ist. Diejenigen Anmelde, die keine Zuswei- sung erhalten, werden für Lieferung ab Gaswert gehalten, nachdem alles Holz von aus- wärtigen eingegangen ist, durch besondere Bekannt- machung aufgerufen.  
Durlach, den 30. Mai 1922.  
Der Bürgermeister.

**Kohlen-Ausgabe.**  
Die bei Herrn Gayer eingetragenen Kunden von Nr. 301 bis 757 können am Mittwoch, den 31. Mai, von mittags 1 Uhr ab, 1. Zentner Feinstohlen zum Preise von 95.00 Mark, feinsten Borsat reich, ab Lager Weingartnerstraße 3, erhal- ten. Zufuhr des Haas 3,50 Mk., frei Keller d. —. Nr. je Zentner mehr.  
Durlach, den 30. Mai 1922. 1022  
Ortsoffizienstelle.

**Gemeinnützige Baugegenossenschaft Durlach G. m. b. H.**  
aktiva. Bilanz-Konto am 31. Dezember 1921. Passiva.

Grundstücke und Gebäude	289 782.21	Geschäftsguthaben der Mit- glieder	7 619.62
der Eidebung Amer- icaner	7 619.62	Spezialrenten	8 193.47
Friedrichs- und Künen- strasse (E. tragswert)	1 177 650.—	Referen-Konto	1 276 200.—
Schulden auf Neubauten	770 159.15	Hypotheken	419 974.00
Umschulden	664.90	Beziehler des Stadts der	1 000 000.—
20% Abschreibung auf	132.98	Stadts Sparkasse Durlach	196 830.50
für 1921	132.98	Beziehler zu Haus der Stadt	1 000 000.—
Zu leistender Zuschuß der	792 274.70	Durlach	196 830.50
Stadt Durlach	371 933.18	Beziehliche Schulden	150 000.—
Beziehliche Forderungen	290 578.29	Leberlieferungs- Darlehen	41 450.00
Guthaben auf Giro-Konto	14 846.93	der Eisenbahnverwaltung	51 450.00
der Stadt Sparkasse	14 846.93	Karlsruhe	26 725.20
Durlach	14 630.—	Schuld an Reich	7 394.98
Rechnungsaband	14 630.—	Schuld an Staat	7 394.98
Wertpapiere	8 482 614.22	Erträge	3 432 614.22

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.

**Wäsche**  
bearbeitet  
**Schorpp**  
Kragen - Wäsche etc.